Referendum gegen die Finanzierung der Grenzschutzagentur Frontex

Referendum gegen den Bundesbeschluss vom 1. Oktober 2021 über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 1052/2013 und (EU) 2016/1624 (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)

Im Bundesblatt veröffentlicht am 12. Oktober 2021

Kanton

Die unterzeichnenden stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger verlangen, gestützt auf Art. 141 der Bundesverfassung vom 18. April 1999 und nach Art. 59a - 66 des Bundesgesetzes vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, dass der Bundesbeschluss vom 1. Oktober 2021 über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache und zur Aufhebung der Verordnungen (EU) Nr. 1052/2013 und (EU) 2016/1624 (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) der Volksabstimmung unterbreitet werde.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Politische Gemeinde

Postleitzahl

	Name/Vornamen (Eigenhändig und möglichst in Blockschrift)	Geburtsdatum (Tag/Monat/Jahr)	Wohnadresse (Strasse und Hausnummer)		Eigenhändige Unterschrift	Kontrolle (leer lassen)
1						
2						
3						
4						
5						
6						
7						
8						
9						
10						
Ablauf der Referendumsfrist: 20. Januar 2022 Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende (Anzahl) Unterzeichnende in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.						
		mae adsuben.		Amtsstempel		
Oı				Amissiemper		
Datum						
Eigenhändige Unterschrift						
Ar	ntliche Eigenschaft					
Senden Sie uns diese Liste teilweise oder vollständig ausgefüllt in einem Kuvert möglichst rasch, am besten vor dem 7. Januar 2022 an Migrant Solidarity Network, Waldmannstrasse 17a, 3027 Bern.						
Weitere Unterschriftenlisten, Argumente, Informationen und ein Spendenkonto finden Sie auf der Referendumswebseite!						

Argumentarium «Referendum gegen die Finanzierung der Grenzschutzagentur Frontex»

Wer ist Frontex?

• Frontex ist die Grenzschutzagentur der Europäischen Union. Sie wurde 2005 gegründet. Seither ist ihr Budget von 6 Millionen Euro um 7000% gestiegen und soll für den Zeitraum von 2021–2027 ganze 11 Milliarden Euro betragen. Personell soll die Einsatztruppe von Frontex bis 2027 auf ein eigenes stehendes Heer mit 10'000 Grenzschutzbeamt*innen aufgestockt werden.

Die Haupt-Aktivitäten der Frontex sind:

- ① Rückführungen von sogenannten «irregulären Migrant*innen» (auch direkte und indirekte illegale Pushbacks)
- ② Planung und Durchführung von Ausschaffungen in der gesamten EU
- ③ Aufrüstung und Ausstattung mit Know-how (v.a. im Bereich der Überwachung) lokaler Grenzschutzbehörden, technische Aufrüstung der eigenen Behörde
- ④ Verfassen von sogenannten «Risikoanalysen» samt Handlungsempfehlungen (wie bspw. Grenzkontrollen verstärken, Einsätze von Frontex ausweiten oder Ressourcen der Agentur aufstocken)
- ② Zur Ausführung dieser Aktivitäten ist die Frontex nicht nur direkt an den EU-Aussengrenzen sowie innerhalb der europäischen Länder im Einsatz, sondern über die konstant erhöhte Auslagerung des EU-Migrationsregimes auch in immer mehr Drittstaaten. Sie arbeitet aktiv mit über 20 Ländern ausserhalb der EU zusammen. Dabei kooperiert die Frontex beispielsweise mit der libyschen Küstenwache, welche Boote mit Flüchtenden abfängt und gewaltsam zurück nach Libyen schleppt, wo die Migrant*innen unter völlig unmenschlichen Bedingungen festgehalten werden. Zur Migrationsabwehr unterstützt sie auch die Ausweitung der Luftüberwachung im Mittelmeer, während gleichzeitig Rettungsmissionen immer mehr behindert werden. Die Frontex stellt Migration systematisch als Bedrohung dar, wobei besonders die Risikoanalysen als Eigenlegitimation zur immer weiteren Aufstockung ihrer Mittel dienen. Diese fliessen u.a. in die quasi militärische Aufrüstung der EU-Behörde mit immer extremeren technischen Mitteln, um die Jagd auf Migrant*innen noch effizienter zu machen. Die Fluchtwege werden immer gefährlicher, doch die Menschen, die sie benützen, haben keine andere Wahl. Die Abschottungspolitik der EU verursachte seit 1993 über 40'500 Tote, die Dunkelziffer eingerechnet sind es noch viel mehr.

Verbindungen der Frontex zur Schweiz

- Die Schweiz unterstützt die Frontex als Schengen-Mitglied seit 2009 finanziell und personell. Nun hat der Nationalrat einem jährlichen Budget von 61 Millionen Franken bis 2027 zugestimmt (bisher waren es «nur» 14 Millionen). Dies macht im Gesamtbudget der Frontex ca. 5% aus, womit die Schweiz beträchtlich zum gewaltvollen Abschottungsregime der EU beiträgt. Als Nicht-EU-Mitglied kann die Schweiz zwar als Schengen-Staat mitreden, hat jedoch kein Stimmrecht bei der Planung neuer Kompetenzen und Gesetze. Trotzdem ist die Schweiz auf verschiedenen Ebenen von Frontex präsent. Ihr Interesse: Von der gewaltvollen EU-Migrationsabwehr für die eigene Abschottung zu profitieren, anstatt sich für eine menschlich vertretbare Flüchtlingspolitik einzusetzen.
- ② Das Parlament hat neben der Aufstockung der Finanzierung auch eine Erhöhung der Anzahl von Schweizer Grenzbeamt*innen im Dienst von Frontex für die kommenden Jahre beschlossen. Schon jetzt sind Schweizer Zöllner*innen an mehreren Aussengrenzen der EU im Einsatz, wo systematisch Menschenrechtsverletzungen an Migrant*innen begangen werden. Anstatt diese Missbräuche anzuprangern, riskiert die Schweiz zu deren Komplizin zu werden.

Wir fordern

- NEIN zur Finanzierung von Frontex durch die Schweiz! Keine Steuermillionen für eine Agentur, die sich jeder ernst zu nehmenden demokratischen Kontrolle entzieht.
- NEIN zur personellen Beteiligung der Schweiz an Frontex einer Agentur, die sich als Komplizin oder gar als Verursacherin von schweren Menschenrechtsverletzungen erwiesen hat!
- 3 Stopp der Kriminalisierung von Migration nach Europa und der Militarisierung der Grenzen!
- Sichere Fluchtwege ermöglichen anstatt gewaltvoll verhindern!

Einige der unterstützenden Organisationen (Stand 2.11.2021):

Augenauf Basel; Bern und Zürich; Autonome Schulen Luzern und Zürich; Bewegung für den Sozialismus; CEDRI; Club Asyl Aargau; Demokratische JuristInnen Schweiz; Droit de Rester; Europäisches BürgerInnen Forum; evakuierenJETZT; Flüchtlingsparlament Schweiz; Freiplatzaktion Basel; Freundeskreis Cornelius Koch; grundrechte.ch; GRÜNE Schweiz; Jesuiten-Flüchtlingsdienst; Junge Grüne Schweiz; Ligue suisse des droits de l'homme – Genève; Migrant Solidarity Network; Netzwerk migrationscharta; Sankofa – Plattform für Menschen Afrikanischen Erbes; Seebrücke Schweiz; Solidaritätsnetz Bern; Solidarité sans frontières; SP Schweiz; Verbund solinetze.ch; Verein Netzwerk Asyl Aargau; Watch The Med Alarmphone Schweiz; WeCollect; Wir alle sind Bern